

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 28 — Folge 50

Parkallee 84, 2000 Hamburg 13 / 10. Dezember 1977

C 5524 C

Bonn sucht Hindenburg

Weshalb das Porträt des Reichspräsidenten noch nicht im Amtssitz des Bundespräsidenten hängt

Hamburg — Die vor einigen Wochen durch die Presse gegangene Meldung, daß im Haus des Bundespräsidenten, der Villa Hammerschmidt an der Bonner Adenauer-Allee, die Porträts des Reichspräsidenten Friedrich Ebert sowie des Bundespräsidenten Theodor Heuss, Heinrich Lübke und Gustav Heinemann einen würdigen Platz erhalten haben, hat zahlreiche Leser auch unserer Zeitung veranlaßt, der Redaktion gegenüber ihr Befremden darüber zum Ausdruck zu bringen, daß man es unterlassen habe, auch des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zu gedenken, der wiederum als Generalfeldmarschall des ersten Krieges und als Retter Ostpreußens in die Geschichte eingegangen und als Präsident der ersten Republik mit Würde und großer Pflichterfüllung sein Amt wahrgenommen habe.

Wir haben diese Anfragen unserer Leser zum Anlaß genommen, eine diesbezügliche Anfrage nach Bonn zu richten und erhielten nunmehr durch das Bundespräsidialamt eine Mitteilung, in der es heißt:

„Das Bundespräsidialamt bemüht sich bereits seit Jahren um ein Porträt des zweiten Reichspräsidenten von Hindenburg. Nachforschungen haben ergeben, daß es zur Zeit nur drei gute Porträts des Reichspräsidenten in Zivil gibt. Das Ölbild von Liebermann, im Besitz des Landes Niedersachsen, darüber hinaus ein Bild von Hugo Vogel und ein weiteres von Walter Firle, über deren Verbleib gegenwärtig Nachforschungen angestellt werden.“

Den Darlegungen des Bundespräsidialamtes ist zu entnehmen, daß nur ein „Zivil“-Porträt Hindenburgs in Frage kommt. Über den Verbleib eines solchen Bildes sind Nachforschungen angestellt. Wir nehmen aber die Mitteilung des Bundespräsidialamtes gerne zum Anlaß, unsere Leser zu bitten, unserer Redaktion zweckentsprechende Hinweise zu geben, die wir dann nach Bonn weiterleiten werden. Es sollte uns freuen, wenn es möglich wäre, die Kontinuität der demokratisch gewählten Präsidenten der ersten deutschen Republik auch im Amtssitz des derzeitigen Bundespräsidenten gewährleistet zu wissen.

In einer anderen Frage, nämlich der Aufhängung der Deutschlandkarte im Bundeshaus, sind wir in der Lage, unseren Lesern eine positivere Mitteilung machen zu können. Bekanntlich hatte die damalige Bundestagspräsidentin, Frau Annemarie Renger, die Entfernung der großen Deutschlandkarte im Bundeshaus und deren Verbringung an einen anderen Aufbewahrungsort verfügt. Diese Maßnahme hat seinerzeit bereits zu heftiger Kritik bei der Unionsfraktion geführt.

Anläßlich des „Tages der Heimat“ in seinem Wahlkreis Burg auf Fehmarn war Bundestagspräsident Prof. Carstens auch durch den Chefredakteur unserer Zeitung im Rahmen einer Kundgebung gebeten worden, sich dieser Deutschlandkarte besonders anzunehmen und zu ermöglichen, daß dieselbe den Besuchern des Hauses zugänglich würde.

Prof. Carstens hat inzwischen mitgeteilt, daß die damals zunächst abgehängte Deutschlandkarte wieder angebracht wurde. Sie hängt jetzt in räumlicher Nähe zur Bibliothek des Bundestages in einer Reihe von Landkarten, die eine Übersicht über die geschichtliche Entwicklung unseres Landes geben.

Der Bundestagspräsident glaubt, daß die Deutschlandkarte dort besser und günstiger hängt als an der früheren Stelle, einem Korridor in einem Verwaltungstrakt des Bundeshauses.



Paul von Hindenburg: In Marschallsuniform für Bonn ungeeignet?

Privat-Foto

Teilung trotz Dementi

Vatikan beabsichtigt doch eine Änderung der Bistumsgrenzen

Bonn — Als wir vor drei Wochen eine Meldung brachten, wonach vatikanische Kreise erwägen, die Bistumsgrenzen innerhalb Deutschlands den „Realitäten“ anzupassen und damit letztlich eine Forderung der „DDR“-Machthaber zu erfüllen, folgte dieser Veröffentlichung ein Dementi sozusagen auf dem Fuße. Aus Rom hieß es, diese Frage sei gegenwärtig nicht aktuell.

Wir vertraten damals sogleich den Standpunkt, daß hier nur abgewiegelt werden solle, in Wirklichkeit jedoch längst eine Entscheidung gefallen sei. Nach dieser Entscheidung sollen die Teile bundesdeutscher Diözesen, die in das Gebiet der „DDR“ hineinragen, von ihren bisherigen Diözesen abgetrennt und zu Bistümern geschlagen werden, die ihren Sitz innerhalb der „DDR“ haben. Die hierfür seit langem angegebenen pastoralen Gründe können nur als ein Vorwand gewertet werden, denn es war auch in der bisherigen Weise möglich, die seelsorgerischen Aufgaben wahrzunehmen.

Vielmehr handelt es sich hierbei um eine grundlegende Forderung Honeckers, die auch bei dessen Gesprächen mit dem „Außenminister“ des Vatikans, Erzbischof Casaroli, eine entscheidende Rolle gespielt haben dürfte und die sicherlich auch bei den kürzlichen Besuchen der katholischen Bischöfe aus Mitteldeutschland im Vatikan be-

handelt wurden. Unsere Meldung, die auch in einem großen Teil der bundesdeutschen Presse starke Beachtung fand, hat unter den deutschen Katholiken erhebliche Unruhe hervorgerufen. Das römische Dementi war — wie gesagt — nur als Beschwichtigung zu werten.

Inzwischen hat auch der Bundestagsabgeordnete Schmidt-Vockenhausen (SPD), der selbst dem Präsidium des Deutschen Katholikentages angehört, bei einem Besuch in Rom den Eindruck gewonnen, daß eine Änderung hinsichtlich der Bistumsgrenzen unmittelbar bevorsteht.

Es sei in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, daß die Kurie in dieser Frage die Auffassung vertritt, die Regierung Brand/Scheel habe hier Fakten gesetzt und es könne folglich für die Kirche keinen Grund geben, hier „deutscher zu sein als die Deutschen“.

Eine solche Definition wird allerdings bei den deutschen Katholiken auf eine erhebliche Enttäuschung und Verbitterung stoßen und die berechtigte Frage aufwerfen, ob sich der Vatikan nach Moral und Recht verpflichtet fühlt oder ob man auch innerhalb der Kurie bereits nach Wegen sucht, sich mit den kommunistischen Machthabern — so auch in Mitteldeutschland — zu engagieren.

Gerd Schöller

Wenn eine Postkarte genügt . . .

H. W. — So grausam sie auch ist, aber dennoch erscheint mir das Faktum der deutschen Teilung zunächst nicht so schwerwiegenden Charakters zu sein als die von interessierter Seite bewußt betriebene Preisgabe unserer Vergangenheit und damit der Versuch, die Teilung unseres Vaterlandes nicht nur als selbstverständlich und unwiderrufbar, sondern, was uns weit gefährlicher dünkt, fast als Gottes Ratschluß zu verkünden. Über eine lange Strecke unserer Nachkriegsgeschichte ist unsere Jugend oft nur aus betont subjektiver Sicht unterrichtet und zu „kritischem Denken“ erzogen worden. Worunter grundsätzlich verstanden wurde, alles zu verteuflern, was gestern gewesen ist.

Wen wird es wundern, wenn eine solche Generation oder vor allem diejenigen, die sich als kritische Geister verstehen, mit dem Begriff des Vaterlandes nicht fertig werden und folglich auch keinen Sinn darin sehen, dieses Vaterland notfalls als Soldat zu verteidigen. So gelten denn diejenigen, die sich der Gemeinschaft verpflichtet fühlen, als die Dummen, auf die unsere Schlaumeier geradezu geringschätzig herabblicken. Eine „Postkarte“ genügt, und man ist der Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft ledig. Man hat vielleicht sogar noch einen „Persilschein“ in der Tasche, wenn „einmal der Iwan kommt“.

Spielen wir diesen Gedanken einmal durch: wenn der Iwan käme, würde er nicht nur die Böcke von den Schafen sondern; vielmehr wird er seine Funktionärschicht installieren, damit sie ein ganzes Volk auf Vordermann bringt. Zur Ausbeutung der Wirtschaftskraft und zur restlosen Ausschöpfung der Arbeitskraft von mehr als 60 Millionen Deutschen. Die „Postkarte“ ist dann kein Freifahrtschein in eine bessere Zukunft; eher vermag sie schon eine „Mahnung“ sein, sich des Besitzers solchen Persilscheines anzunehmen, damit er sich wenigstens der Pflichten einer sozialistischen Volksgemeinschaft nicht zu entziehen vermag.

Doch sehr viel schwerwiegender erscheint mir die Tatsache, daß viele von denen, die sich nicht bereifinden, sich für die Verteidigung dieses freiheitlichen Rechtsstaates einzusetzen, ihn verneinen, obwohl unser Staat, der, sicherlich noch nicht vollkommen, dennoch zu den freiesten Gemeinwesen dieser Welt gehört. Liegt es daran, daß, wie einer unserer „Dichtorfürsten“ meinte, daß dort, wo er den Staat suche, er nur noch verfaulende Reste von Macht sieht oder, wie etwa Rolf Hochhuth in einem anderen Zusammenhang fragt, wieso ein Staat, dessen Parlamentarier in Bund, Ländern und Gemeinden sich persönlich auf Kosten des Staates glänzend bezahlen und altersvorsorgen lassen, seiner Jugend nicht einmal Lehrstelle und Studienplatz bieten kann?

Tatsachen, Auswüchse und Emotionen mögen hier zusammenwirken. Doch vom Grundsatz her wurde das alles erst möglich durch die negierende Einstellung zum Gemeinwesen. Erst ganz allmählich beginnt man sich wieder auf die Tugenden zu besinnen, die in aller Welt letztlich doch geschätzt wurden: der Dienst am Staat, der damit zu keinem Selbstbedienungsladen für Staatsdiener und Bürger, sondern eben zu jenem übergeordneten Dach wurde, unter dem sich weitgehend die Fähigkeiten der Bürger, auf der Grundlage von Gesetz, Moral und Religion, zugunsten der Gemeinschaft und zum Nutzen des einzelnen entfalten konnten.

Solche Gedanken zu äußern, gilt heute nicht selten als „verstaubt“ — das ist „alles zu positiv“ in einer Zeit, da man zur negativen Betrachtung erzogen wird. So intensiv übrigens, daß letztlich dann die Fähigkeit verlorengeht, über den eigenen Tellerand hinaus zu denken. Noch gibt es eine Zeit zur Umkehr — doch uns scheint — sie ist bereits mehr als knapp bemessen.